

Die kommunalen Finanzen

Ohne Geld geht nur wenig: Eine ausreichende Ausstattung mit Geldmitteln und die Möglichkeit, frei über sie zu verfügen, sind Voraussetzungen eigenständiger Kommunalpolitik.

Die Einnahmen der Gemeinden stehen auf drei Säulen:

- den eigenen Steuern, Gebühren und Beiträgen;
- den allgemeinen, nicht projektgebundenen Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und aus dem Kraftfahrzeugsteuerverbund
- den gezielten, projektgebundenen Zuweisungen des Landes, vornehmlich für kommunale Bauvorhaben.

Reichen diese Einnahmen nicht aus, müssen Finanzie-

rungslücken im Haushaltsplan durch Vermögensveräußerungen, zum Beispiel Grundstücksverkäufe, Rückgriff auf finanzielle Rücklagen oder Geldaufnahme am Kreditmarkt geschlossen werden.

Zum Jahresende 1989 waren die baden-württembergischen Gemeinden und Gemeindeverbände mit 14,8 Milliarden Mark verschuldet. Darin nicht enthalten sind die Schulden der Zweckverbände in Höhe von etwa 600 Millionen Mark, die der kommunalen Krankenhäuser mit 279 Millionen Mark und der Eigenbetriebe mit drei Milliarden Mark Schulden.

Nur 16 Gemeinden sind schuldenfrei

Nur 16 der 1111 Gemeinden (einschl. Gutsbezirk

Münsingen) Baden-Württembergs waren Ende 1989 schuldenfrei. Bei den Schuldenfreien handelt es sich ausschließlich um kleinere Gemeinden:

- Hügelsheim im Kreis Raastatt
- Grömbach im Kreis Freudenstadt
- Balgheim im Kreis Tuttlingen
- Steißlingen im Kreis Konstanz
- Böllen, Bürchau, Elbenschwand, Raich, Tegernau und Wies im Kreis Lörrach
- Eggingen im Kreis Waldshut
- der Gutsbezirk Münsingen im Kreis Reutlingen
- Breitingen und Balzheim im Alb-Donau-Kreis
- Eichstegen und Guggenhausen im Kreis Ravensburg.

ein Verwaltungsorgan, das die Verwaltung - auch mit Einzelfallentscheidungen - anleitet. Seine wichtigsten Rechte sind:

- das Satzungsrecht (das »Gesetzgebungsrecht« der Gemeinde)
- das Etatrecht
- die Planungshoheit
- die Personalhoheit (die Einstellung von Gemeindebediensteten).

Die Amtszeit der Gemeinderäte beträgt fünf Jahre. Sie werden wie die Kreisräte, Landtags- und Bundestagsabgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl durch die Bürger gewählt. Die Zahl der Gemeinderäte richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde.

Die kommunalen Spitzenverbände

In Baden-Württemberg gibt es drei kommunale Spitzenverbände:

- den Städtetag Baden-Württemberg mit 164 Mitgliedsstädten;
- den Gemeindetag Baden-Württemberg, der 1049 Mitgliedsgemeinden vertritt;
- den Landkreistag Baden-Württemberg als Vertretung der 35 Landkreise.

Die drei kommunalen Landesverbände vertreten die vielfältigen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber der Landesregierung, dem Landesparlament und der Öffentlichkeit. Für die Kommunalvertreter ist in Art. 71,4 der Landesverfassung ein Anhörungsrecht verankert, das es in dieser Form in keinem anderen Bundesland gibt: »Bevor durch Gesetz oder Verordnung allgemeine Fragen geregelt werden, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände berühren, sind diese oder ihre Zusammenschlüsse rechtzeitig zu hören.«

Daraus hat sich eine enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien



Meersburg am Bodensee. Die alte »Meersburg« gilt als die älteste bewohnte Burg Deutschlands (seit dem 7. Jahrhundert). Jahrhundertlang war Meersburg die Residenz der Konstanzer Bischöfe. Die Dichterin Annette von Droste-Hülshoff verbrachte hier ihren Lebensabend von 1841 bis 1848.

Foto: Kur- und Verkehrsverwaltung Meersburg/Bodensee.



Das barocke Rathaus von Wangen im Allgäu.

Foto: Rupert Leser.

Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen in Baden-Württemberg waren für die Bürgerinitiativen-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland in gewisser Hinsicht richtungsweisend. Die badisch-elsässische Bürgerinitiative (ein Zusammenschluß von 11 elsässischen und 43 badischen Initiativen) probte 1975 mit ihrem Kampf gegen das geplante Kernkraftwerk Wyhl, mit der Besetzung des Bauplatzes und mit einem eigenen Bildungsprogramm neue Formen des bürgerlichen Widerstands. Sie wurde dadurch zum Vorbild für die zahlreichen späteren Groß-

demonstrationen und Aktionen gegen technologische Mammutprojekte.

Bürgerinitiativen sind spontane, zeitlich meist begrenzte, lockere Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich mit verschiedenen Aktionen gegen politische Maßnahmen, öffentliche Planungen und Unterlassungen, Mißstände und befürchtete Fehlentwicklungen wehren. Themen sind zum Beispiel Kindergärten und Spielplätze, der Verkehr, die Schule, Stadtentwicklung und -Sanierung, Randgruppen oder kulturelle Themen - und immer häufiger Umweltprobleme.

und den drei Kommunalverbänden ergeben.

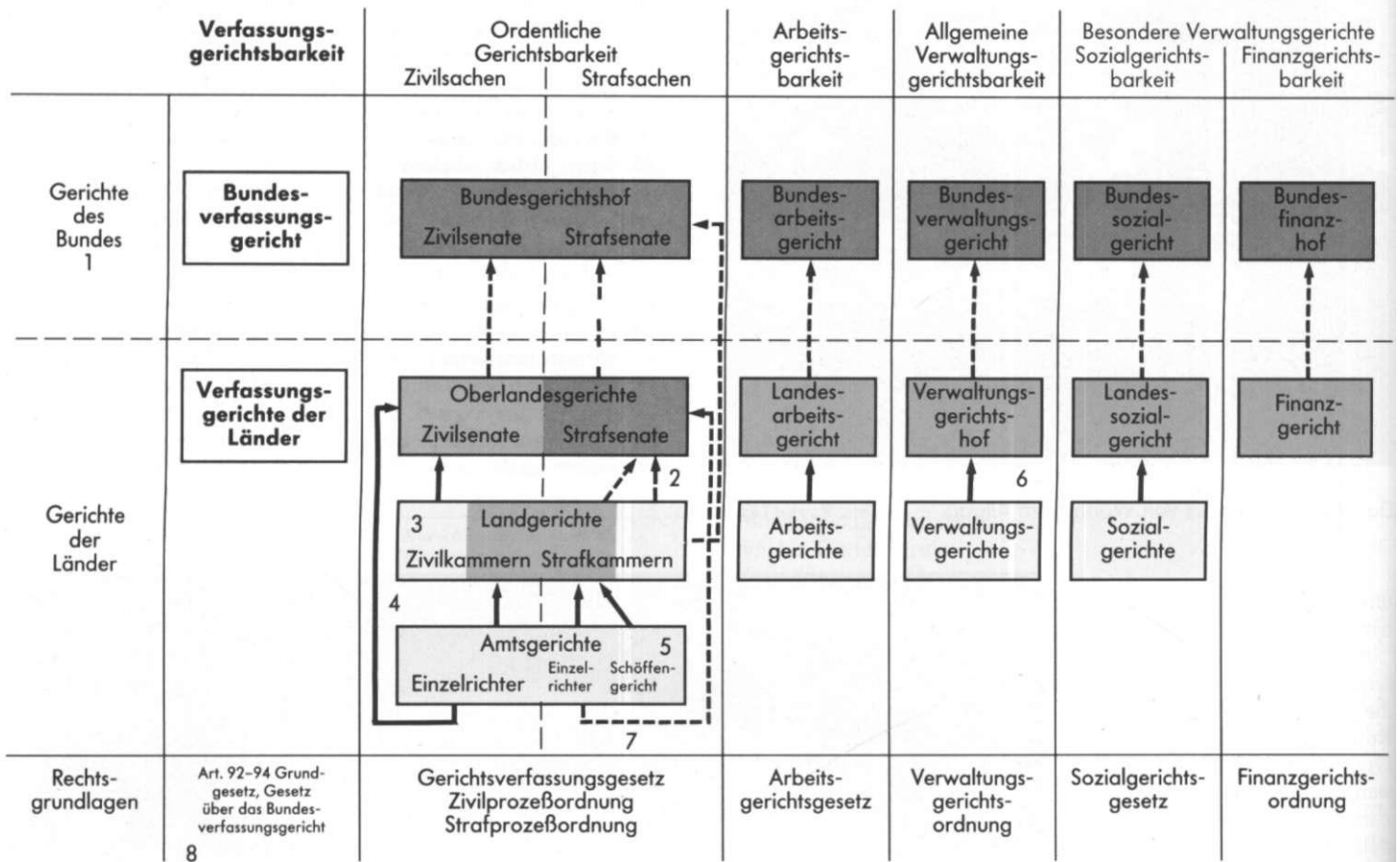
Hintergrund dieses umfassenden Mitwirkungsrechts ist die besondere Bedeutung der Kommunen in der staatlichen Organisation des Landes. Hier werden die im Landesparlament getroffenen Entscheidungen umgesetzt. Wichtige Fragen, beispielsweise des Umweltschutzes, der Verkehrspolitik, der Bildungs- und Kulturpolitik, können nicht ohne Beteiligung der Kommunen gelöst werden.



Im Renaissancestil entstand im Jahr 1594 das Neue Rathaus in Konstanz am Bodensee.

Foto: Stadtverwaltung Konstanz.

Rechtswege – Rechtsmittel



- 1 BGH, BAG, BVerwG, BSG und BFH, die obersten Gerichtshöfe des Bundes, bilden zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung einen gemeinsamen Senat (Art. 95 III GG).
- 2 Nur wenn ausschließlich die Verletzung von Landesrecht geltend gemacht wird.
- 3 Einschließlich Kammern für Handelssachen. Bei den Zivilkammern 1. Instanz kann die Entscheidung einem Kammermitglied als Einzelrichter übertragen werden.
- 4 Nur in Kindschafts- und Familiensachen.
- 5 Nur bei den größeren Amtsgerichten besteht ein Schöffengericht.
- 6 In anderen Bundesländern heißt das Gericht Oberverwaltungsgericht.
- 7 Revision gegen die mit der Berufung nicht anfechtbaren Urteile des Einzelrichters.
- 8 Bezügl. der Landesverfassungsgerichte siehe die jeweilige Landesverfassung und das jeweilige Gesetz über das Landesverfassungsgericht; die Namen sind unterschiedlich, Staatsgerichtshof, Verfassungsgerichtshof, Landesverfassungsgericht.

Das Schaubild kann nur die wichtigsten Gerichtsbarkeiten darstellen. Neben diesen sind noch folgende zu nennen: Disziplinargerichte des Bundes und der Länder, Richterdienstgerichte des Bundes und der Länder, Wehrdienstgerichte (Bund), Patentgericht (Bund), Rückerstattungsgerichte (Bund), Schifffahrtsgerichte (bei bestimmten Ordentlichen Gerichten), Nichtstaatliche Berufungsgerichte der freien Berufe (zum Beispiel Ärzte, Rechtsanwälte).

Graphik: Fritz Endemann

Die Parteien im politischen Kräftespiel

Die Parteien spielen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Rolle. Ohne die Existenz von Parteien als Mittler und Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft wäre die Bildung legitimer und mehrheitsfähiger Regierungen sowie die An- und Rückkoppelung politischer Entscheidungsträger an die Wählerwünsche im modernen Flächenstaat kaum zu bewerkstelligen. Es besteht faktisch ein »Monopol« der Parteien für die Entsendung von Vertretern in die parlamentarischen Körperschaften. Der Begriff »Parteiendemokratie« umreißt diese Schlüsselposition recht deutlich.

Nach der Definition des Parteiengesetzes der Bundesrepublik sind Parteien »Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen, wenn sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit, eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten« (§ 2,1 des Parteiengesetzes).

Im jetzigen 10. Landtag von Baden-Württemberg sind vier Parteien vertreten: Die Christlich Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), DIE GRÜNEN und die Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP).

Artikel 21,1 GG Die Parteien

»Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.«

CDU

1986 feierte die CDU in Baden-Württemberg ihr 40jähriges Bestehen, auch wenn sie bedingt durch die damaligen Besatzungszonen zunächst in vier eigenständigen Landesverbänden entstanden ist: den CDU-Landesverbänden Nordwürttemberg, Südwürttemberg, Nordbaden und Südbaden. Die Wurzeln christlich-demokratischer Politik im Südwesten reichen weit ins vergangene Jahrhundert zurück.

Nordbaden

Im Unterschied zu Südbaden als Teil der französischen Besatzungszone war die Parteienbildung in Nordbaden durch die liberale Praxis der amerikanischen Behörden schneller möglich.

Bereits am 14. August 1945 wurde in Karlsruhe die »Christlich-demokratische Partei« (CDP) gegründet, am 8. November 1945 die »Christlich-Soziale Union« in Heidelberg. Diese Initiativen und andere sich daraus ergebende, wurden am 9./10. Februar 1946 in der Gründung des Landesverbandes des Nordbaden der Christlich-

Demokratischen Union zusammengeführt.

Die Gründungs- und Frühgeschichte der CDU in Nordbaden unterscheidet sich vom südbadischen Nachbarn darin, daß es anders als dort keinen eindeutig dominierenden Gründungszirkel gab, sondern mehrere. Ein weiteres Spezifikum der nordbadischen CDU war das starke und einflußreiche christlich-soziale Element in der Partei.

Südbaden

Am 20. Dezember 1945 wurde der CDU-Vorläufer »Badische Christlich-soziale Volkspartei« (BCSV) konstituiert, der spätere Staatspräsident Leo Wohleb war Parteivorsitzender. Genehmigt wurde sie allerdings erst am 8. Februar 1946. 1947 gab sich die Partei einen neuen Namen: »CDU Baden«. Das Thema, das die CDU Badens von 1947 bis Mitte der 50er Jahre vor eine innerparteiliche Zerreißprobe stellte, war die Frage der Bildung des Südweststaats.

Bis in die 70er Jahre hinein war die CDU Südbaden der mitgliedsstärkste Verband im Land. Heute steht er nach Nordwürttemberg und Nordbaden an dritter Stelle mit 24 000 Mitgliedern (Ende 1989).

Nord-Württemberg und (Süd-)Württemberg- Hohenzollern

Am 25. September 1945 wurde in Nordwürttemberg die »Christlich-Soziale Volkspartei« gegründet, eine interkonfessionelle, christlich-sozial orientierte Partei.

Die CDU in Nordwürttemberg wirkte seit ihrer Gründung in keiner einfachen politischen Landschaft. Die starke Industrialisierung, ein traditio-

nell hoher Stimmenanteil liberaler Parteien und Vorbehalte in der evangelischen Bevölkerung gegen die vielfach als »katholisch« eingestufte Partei machten es der Union nicht einfach.

Im Januar 1946 wurde ein Zulassungsantrag für die »Christlich-Demokratische Union« in (Süd-)Württemberg-Hohenzollern gestellt. Am 23. März 1946 konnte die erste Landeskonferenz in Sigmaringen stattfinden. Mehr als in anderen Landesteilen waren hier im vorwiegend katholisch geprägten Raum die politischen Diskussionen stets grundsatzorientiert; man kann dies am langen Festhalten an der Konfessionsschule ablesen.

Erst im Januar 1971 schlossen sich die vier bis dahin selbständigen Landesverbände der CDU zum Landesverband Baden-Württemberg zusammen. Mit dem neuen Landesverband wurde die Organisationsstruktur der Partei an der Spitze ergänzt. Die vier bisherigen Landesverbände wurden zu Bezirksverbänden, deren Grenzen denen der neugebildeten Regierungsbezirke Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart und Tübingen entsprachen.

Seit 1953 Regierungspartei

Seit 1953 ist die CDU Regierungspartei, zunächst in Koalitionskabinetten, bis es dann der Partei bei der Landtagswahl 1972 gelang, die absolute Mehrheit zu erlangen. Seither verteidigte sie ihre Alleinregierung erfolgreich.

Mitglieder und Organisation

Der Landesverband gliedert sich in vier Bezirksverbände, die deckungsgleich sind mit den Regierungsbezirken. Diese wiederum umfassen 41 Kreisverbände und rund 1500 Stadt- und Gemeindeverbände.

Zusätzlich gibt es acht selbstständige Vereinigungen, die in enger Bindung zur Partei stehen, wie zum Beispiel die Junge Union, die Frauenunion oder die Kommunalpolitische Vereinigung.

Zehn Fachausschüsse auf Landesebene arbeiten dem Landesverband zu. Ihre Mitglieder werden vom Landesvorstand berufen. Außerdem

»Gewiß, es geht Parteien um die Macht. Allmächtig aber sind sie gerade nicht. Vielmehr sind sie abhängig vom Mehrheitsmandat, um das sie ständig kämpfen müssen. Nicht ihre Selbstherrlichkeit ist die große Gefahr, sondern eher, daß sie auf der Suche nach Stimmen allzu viele Wünsche gleichzeitig erfüllen wollen. Wenn sie die Lösung der Probleme dem Streit gegen die Konkurrenz unterordnen, wenn sie die Fragen der Zeit zu Instrumenten im Kampf um die Macht entwerfen, dann leidet ihre Glaubwürdigkeit.«

(Bundespräsident
Richard von Weizsäcker
am 24. Mai 1989)

bestehen verschiedene Arbeitskreise, Sondereinigungen und Sonderorganisationen.

Die CDU in Baden-Württemberg hatte Ende 1989 92 082 Mitglieder. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei 52,4 Jahren. Die Gruppe der über 70jährigen macht 12,6 Prozent aus, zu der Gruppe der 16 bis 24jährigen zählen dagegen nur 2,1 Prozent.

SPD

Die SPD in Deutschland hat sich im Laufe ihrer über 100jährigen Geschichte von einer klassenbewußten Arbeiterpartei zu einer modernen mitte-links-orientierten Volkspartei gewandelt. Zu dieser Entwicklung haben die badischen und württembergischen Sozialdemokraten in hervorragendem Maße beigetragen.

Früher Wiederaufbau

Schon im Sommer 1945 begann auf lokaler Ebene der Wiederaufbau der SPD. Im November 1945 wurde in Knittlingen die Gründung des SPD-Landesverbandes Württemberg-Baden beschlossen, 1946 erfolgte - nach schwierigen Auseinandersetzungen mit den französischen Besatzungsbehörden - die Gründung der Landesverbände (Süd-)Baden und Württemberg-Hohenzollern. Am 31. Dezember 1946 zählte die SPD in den drei Ländern zusammen schon wieder über 41000 Mitglieder - nur etwa 10 Prozent weniger, als vor dem Zerfall der Weimarer Republik in Baden und Württemberg. Die SPD bildete in allen drei südwestdeutschen Ländern, vor allem aber in Württemberg-Baden, von Beginn an einen nicht zu umgehenden Machtfaktor. Während die SPD in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern bis 1952 jeweils in Koalitionsregierungen unter Führung der FDP/DVP bzw. der CDU mitarbeitete, schied sie am 4. Februar 1948 aus der badischen Regierung von Leo Wohleb aus und ging als Befürworterin des Zusammenschlusses der drei Länder in die Opposition.

Gründung des Partebezirks »Südwest«

Beim Vereinigungsparteitag am 7. und 8. Juni 1952 in Stuttgart wurde ein einheitlicher Parteibeziirk »Südwest« gegründet. Da die Partei in Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern relativ schwach organisiert war, übernahm die SPD

Württemberg-Baden die Führungsrolle. Erwin Schöttle wurde Vorsitzender des neuen Bezirks »Südwest«.

Zwar führt die Landes-SPD erst seit dem Parteitag 1962 in Mannheim die Bezeichnung »Landesverband«, de facto war jedoch der Bezirk »Südwest« der erste Landesverband der Sozialdemokraten in einem Flächenstaat der Bundesrepublik, weil sich die Grenzen der Parteiorganisation mit denen des neuen Landes Baden-Württemberg deckten.

Einfluß auf die Bundespartei

Trotz relativ geringer Mitgliederzahlen und Wahlergebnissen weit unter dem Bundesdurchschnitt war der Einfluß der baden-württembergischen SPD in der Bundespartei und auf deren Politik immer überdurchschnittlich groß. Auffallend ist auch der »Personalaustausch« zwischen den beiden Ebenen Land und Bund. Alex Möller und Erwin Schöttle gingen nach Bonn. Umgekehrt kamen die Stuttgarter »Oppositionsführer« Erhard Eppler und Dieter Spöri von dort nach Stuttgart zurück.

Auf der Oppositionsbank

In der ersten vorläufigen Regierung (24. 4. 1952 - 7. 10. 1953) von Reinhold Maier (FDP/DVP) koalierten die Sozialdemokraten mit der FDP/DVP und dem GB/BHE. Auch an den Regierungen von Gebhard Müller (CDU) und der ersten Regierung von Kurt Georg Kiesinger (CDU) war die SPD beteiligt. Von 1960 bis 1966 war sie in der Opposition. Von 1966 bis 1972 koalierte sie mit der CDU, und seit 1972 sitzen die Sozialdemokraten wieder auf der Oppositionsbank im Landtag.

Struktur, Organisation und Mitglieder

Der Landesverband gliedert sich in 42 Kreisverbände und rund 1000 Ortsvereine. Neun der Kreisverbände und 126 der Ortsvereine werden von Frauen geführt.

Zum Landesverband gehören vier Kommissionen (Organisationskommission, Innerparteiliche Bildung, Neue Strategien, Programmkommission) und 15 Beiräte. Sie werden vom Landesvorstand bestimmt. Zusätzlich gibt es Arbeitsgemeinschaften der Partei, zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und die Jungsozialisten.

Der Landesverband zählte 1989 66 043 Mitglieder. Der Frauenanteil liegt bei rund 26 Prozent. Die meisten Mitglieder sind zwischen 35 und 60 Jahren. Der Altersanteil der über 60jährigen in den Kreisverbänden ist höher als der Anteil der bis 35jährigen Mitglieder.

FDP/DVP

Liberaler Traditionen prägten die Geschichte Badens und Württembergs seit dem 18. Jahrhundert. Der Beitrag zur Ausbildung der liberalen und demokratischen Konzepte war beträchtlich. Das Wort vom »liberalen Südwesten« findet hier seinen Ursprung. Nach 1945 konnte sich der Liberalismus hier in ansehnlicher Weise neu formieren. Und das nicht nur im Rahmen einer einzigen Partei. Neben der Deutschen Volkspartei beanspruchte besonders die CDU das Erbe des Liberalismus fortzuführen. Natürlich kann auch die FDP/DVP und ihre Geschichte nur aus dieser großen Bewegung des Liberalismus verstanden werden.

Gründungsgeschichte

Die Amerikaner hatten zwar bereits seit dem 13. August 1945 die Gründung von Parteien auf Kreisebene erlaubt, nennenswerte Bemühungen liberaler Gruppierungen waren allerdings zunächst kaum zu verzeichnen. Der politische Liberalismus rührte sich - im Vergleich zu den Aktivitäten anderer Parteien - erst relativ spät. Offensichtlich erschwer-

te die politische und verwaltungsrechtliche Trennung der ehemals einheitlichen Länder die Wiederbegründung einer liberalen Partei.

Am 18. September 1945 wurde im Haus der Stuttgarter Demokratenfamilie Haußmann die »Demokratische Volkspartei« Stuttgart gegründet. Mit dem Parteinamen knüpften die Gründer an die Tradition der »Deutschen Volkspartei in Württemberg« an, die 1864 von den Demokraten Julius Haußmann, Carl Mayer und Ludwig Pfau als Zweig der 1861 gegründeten »Deutschen Fortschrittspartei« ins Leben gerufen worden war. Damit war die unmittelbare Verbindung zu der liberalen Bewegung der Deutschen Revolution von 1848 hergestellt.

Erst am 14. Dezember 1945 genehmigte die Besatzungsmacht die Gründung des Landesverbandes Württemberg-Baden der DVP.

Franzosen favorisierten Dreiparteiensystem

In der französischen Besatzungszone stieß die Gründung einer liberalen Partei auf den offenen Widerstand des Militärgouverneurs, der ein Dreiparteiensystem favorisierte, in dem für die Liberalen kein Platz war.

In (Süd-)Baden waren die treibenden Kräfte Wilhelm Stahl und Paul Waeldin. Sie reichten am 20. Januar 1946 das Gesuch auf Zulassung einer »Demokratischen Partei« ein, das von den Franzosen aber erst Ende Mai 1946 genehmigt wurde. Noch inhaltsreicher operierten die Franzosen in Württemberg-Hohenzollern. Die DVP Württemberg-Hohenzollern konstituierte sich erst am 17. August 1946.

Die Partei sprach drei unterschiedliche, sozial aber eng verbundene Schichten an: Sie war fast ausschließlich in den evangelischen Landesteilen vertreten; sie hatte weiterhin Erfolge in den industriell entwickelten Regionen, und sie war dort am erfolgreichsten, wo der Anteil an Selbständi-

gen, mittleren Gewerbetreibenden und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hoch war.

Für den »Südwest-Staat«

Durch die Politik von Reinhold Maier war die Partei von Anfang an auf die Vereinigung der drei Länder zu einem »Südwest-Staat« festgelegt worden und hatte sich bei den Auseinandersetzungen um diese Frage fast geschlossen für den Zusammenschluß eingesetzt. Die FDP/DVP war es dann auch, die 1952 mit Reinhold Maier den ersten Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg stellte.

Am 12. Dezember 1948 wurde in Heppenheim die »Freie Demokratische Partei« (FDP) der drei Westzonen und Berlins gegründet. In Württemberg-Baden und dann in Baden-Württemberg führt die Partei seitdem den Doppelnamen FDP/DVP.

Heute zahlenmäßig schwächste Kraft im Parlament

Bei der Wahl zum 1. Landtag von Baden-Württemberg 1952 hatte die FDP/DVP 18,0 Prozent der Stimmen bekommen. 20 Jahre später, 1972, »rutschte« sie unter die 10 Prozent-Marke (8,9%), und seit der Landtagswahl 1984 ist die FDP/DVP die zahlenmäßig schwächste Kraft im Landtag von Baden-Württemberg. Sie mußte den »dritten Platz« an die GRÜNEN abgeben. Bei der Wahl 1988 schaffte sie mit 5,9 Prozent nur knapp den Sprung ins Parlament und übernahm in ihrem Stamm-land erneut einen Teil der Oppositionsrolle.

Mitgliederzahlen und Organisationsstruktur

Innerhalb des Landesverbandes gibt es 9 Bezirke, 42 Kreisverbände und 320 Ortsverbände.

Die FDP/DVP hatte Ende 1989 rund 7500 Mitglieder. Der Frauenanteil liegt bei etwa 25 Prozent. Am breitesten ver-

treten ist die Altersgruppe der 41 bis 50jährigen, am geringsten ist der Anteil der unter 20jährigen.

12 Fachausschüsse und zwei Ständige Kommissionen bestehen innerhalb des FDP-Landesverbandes.

§ 1 Parteiengesetz

Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(1) »Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.«

DIE GRÜNEN

Mit den GRÜNEN kam 1979 ein neues Element in die baden-württembergische Parteienlandschaft. Rund 700 Menschen waren zur ersten Landesversammlung und gleichzeitig zum Gründungsparteitag der GRÜNEN am 30. September 1979 nach Sindelfingen gekommen.

»Nicht links oder rechts, sondern vorn« war die Parole bei der Konstituierung der baden-württembergischen Öko-Partei. Die »Gründungsszene« war, wie später in anderen Bundesländern auch, bunt und vielfältig. Bürgerinitiativler, »Müslis«, Lehrer und Studenten gehörten ebenso dazu wie Einzelkämpfer, Querdenker und ehemalige SPD-Mitglieder. Die GRÜNEN waren Sammelbecken sehr unterschiedlicher und widersprüchlicher Strömungen oppositioneller und alternativer Gruppen und Menschen.

In der Gründungssatzung der baden-württembergischen GRÜNEN wurde die grundsätzliche Zielorientierung der Partei an den Begriffen »ökologisch, sozial, basisdemokra-

tisch und gewaltfrei« festgemacht. Leitidee der grünen Bewegung war der »ökologische Humanismus«. Fünf Monate nach ihrem Gründungsparteitag zählte die Partei bereits 3500 Mitglieder.

Drittstärkste Kraft im Landtag

Im März 1980, also nur knapp sechs Monate nach Gründung der Landespartei, schafften es die GRÜNEN, mit sechs Abgeordneten in den baden-württembergischen Landtag gewählt zu werden. Am 3. Juni 1980 betreten eine Frau und fünf Männer der Partei latzhosenbewandert, mit Kaktuspflanzen unter dem Arm, erstmals den Stuttgarter Plenarsaal.

Der Wahlerfolg der GRÜNEN im Baden-Württemberg mit seiner absoluten CDU-Mehrheit wurde damals als Sensation gewertet. Dies besonders, weil die SPD mit Erhard Eppler einen ökologisch profilierten Spitzenkandidaten ins Rennen geschickt hatte. Viele glaubten damals an ein Strohfeuer.

Doch die GRÜNEN in Baden-Württemberg hatten Erfolg: Sie waren nicht nur die ersten GRÜNEN im Parlament eines Flächenstaats der Bundesrepublik Deutschland, sondern hatten bei Wahlen auch bundesweit immer Spitzenergebnisse. Seit der Landtagswahl 1984 sind sie real die drittstärkste Kraft im Parlament.

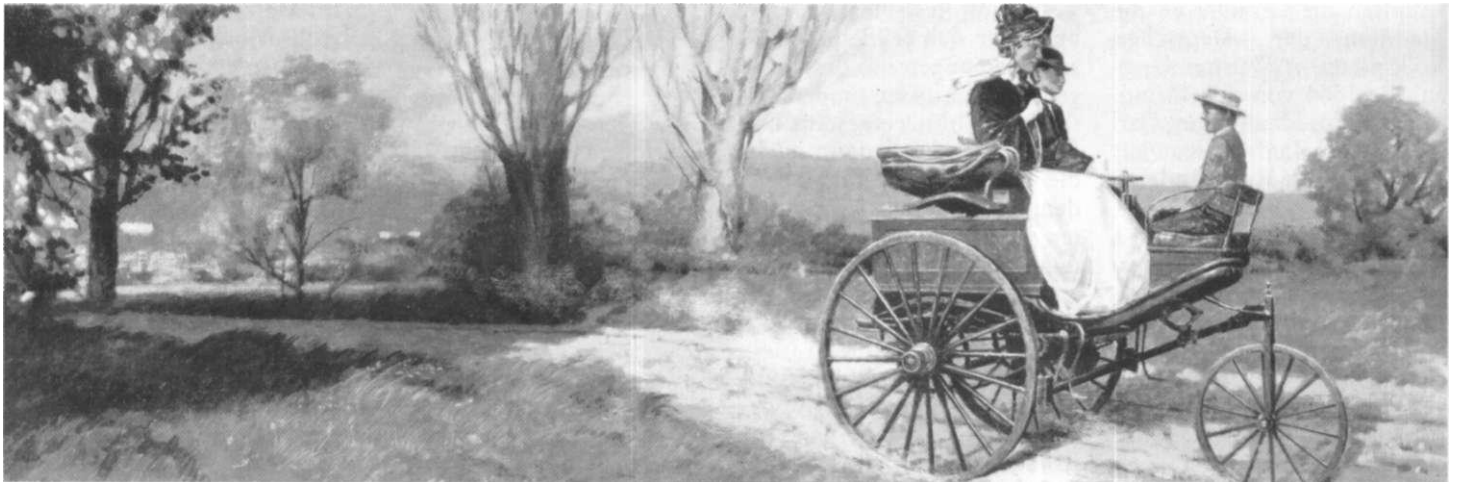
Die GRÜNEN im Südwesten sind vom Habitus bis zum politischen Gebaren um vieles »bürgerlicher« als ihre Parteifreunde in anderen Bundesländern, die »Realos« haben hier ihre Bastion.

Mitglieder und Organisation

Ende 1989 hatten DIE GRÜNEN Baden-Württemberg 6298 Mitglieder. Rund 35 Prozent davon sind Frauen.

Der Landesverband gliedert sich in 47 Kreis- und 230 Ortsverbände. Innerhalb des Landesverbandes gibt es acht Landesarbeitskreise und zwei Projektgruppen.

Das Industrieland Baden-Württemberg



Die wohl berühmteste Erfindung aus dem Ländle: das Automobil. In einem Gartenhäuschen auf dem Grundstück seiner Cannstatter Villa entwickelte der Schorndorfer Gottlieb Daimler gemeinsam mit dem »König der Konstrukteure«, Wilhelm Maybach, den schnelllaufenden Viertaktmotor, der das Verkehrswesen rund um den Globus revolutionierte. Das erste Motorrad der Welt ratterte 1885 über das Cannstatter Pflaster, 1886 folgte das erste Automobil, damals eine motorisierte Kutsche. In Baden hatte bereits ein Jahr zuvor der Karlsruher Carl Friedrich Benz ein Kraftfahrzeug mit Viertakt-Verbrennungsmotor und elektrischer Zündung gebaut, das er ebenfalls 1886 vorführte. Berta Benz (Bild) testete die Erfindung ihres Mannes Carl Friedrich.

Foto: Archiv Daimler-Benz.

Baden-Württemberg ist seit geraumer Zeit - unbestritten - eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Bundesländer: Die überdurchschnittliche Prosperität und der sprichwörtliche »schwäbische Fleiß« geben Anlaß zur Bewunderung, aber auch zu Scherzen über das »Musterländle« und »Industrieweltmächtle«.

Baden-Württemberg ist ein industrie- und exportintensives Bundesland, das einerseits Industriegiganten von Weltruf wie Daimler-Benz, Bosch und IBM Deutschland beherbergt, andererseits aber nach wie vor eine ausgeprägte mittelständische Wirtschaftsstruktur aufweist.

Die Erfolgsmeldungen aus dem Wirtschaftsland leuchten seit Jahren:

Baden-Württemberg hat

- ein überdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen
- ein über dem Bundesdurchschnitt liegendes Wirtschaftswachstum erzielt
- einen hohen Exportanteil
- seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik
- im Durchschnitt der vergangenen Jahre einen überproportionalen Beschäftigungszuwachs gehabt
- ein hohes Lohnniveau
- (wieder) die größte Finanzkraft (und damit den höchsten Anteil am horizontalen Ländermanausgleich)
- einen überproportionalen Anteil des ausländischen Unternehmensvermögens in der Bundesrepublik Deutschland

eine überdurchschnittliche Entwicklung der Produktivität und ein hohes Tempo technologischer Innovation
den technologischen Wandel staatlich begleitet/ beschleunigt durch Forschungsinstitute, Technologiezentren, Technologieparks und Zentren für Technologietransfer.

Außerdem fließt ein Drittel der Bundesmittel für Wissenschaft und Technik in das High-Tech-Land Baden-Württemberg.

Der traditionelle Rückstand Baden-Württembergs im Dienstleistungsbereich hat sich zudem in den vergangenen Jahren deutlich verringert.

Die insgesamt günstige wirtschaftliche Entwicklung und das Bild eines relativ krisenfesten Bundeslandes liegt in den historisch gewachsenen Wirtschaftsstrukturen und den besonderen Standortbedingungen Baden-Württembergs begründet. Zwei Elemente sind dafür ausschlaggebend: die »Techniktüftelei« und die Industriestruktur.

Not macht erfinderisch

Die Techniktüftelei hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition: Weil das Land arm an natürlichen Rohstoffen ist, mußte seine Bevölkerung schon zu Beginn der Industrialisierung auf seine geistigen Kräfte und auf seine hand-

Land der Tüftler verteidigt seinen Spitzenplatz bei Patenten

In Baden-Württemberg, dem Land der Tüftler und Denker, hat der Erfindungsgeist Tradition. Die Nachfahren von Johannes Kepler, Philipp Matthäus Hahn, Gottlieb Daimler, Carl Friedrich Benz und Graf Zeppelin sind die fleißigsten Erfinder in der Bundesrepublik: 1989 wurden pro 100 000 Baden-Württemberger 78 Patente angemeldet. Die Hessen brachten es auf 69 und die Bayern auf 55 Patente pro 100 000 Einwohner.

werkliche Geschicklichkeit setzen.

Die Industrialisierung begann vor allem in Württemberg viel verhaltener als anderswo. Weil Not bekanntermaßen erfinderisch macht, tüftelten die Badener und Württemberger ihre Länder zum Erfolg. Fahrrad, Automobil und Luftschiff beispielsweise sind allesamt Erfindungen aus dem Ländle, das zum klassischen Standort einer sehr exportorientierten Verarbeitungsindustrie wurde. Die ständige Innovation ist auch heute noch eine baden-württembergische (Unternehmer-) Philosophie.



Typische und wichtige Branchen Baden-Württembergs

Als entscheidender Prosperitätsfaktor erwies sich in der Vergangenheit die Industriestruktur:

Vorrangstellung hat die Investitionsgüterindustrie mit dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und dem Fahrzeugbau. An zweiter Stelle steht die Verbrauchsgüterindustrie mit den Bereichen Textil, Bekleidung, Holz- und Kunststoffverarbeitung und Druckereige-

werbe. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ist im Land deutlich unterrepräsentiert. Das bedeutet, Baden-Württemberg beheimatet nicht jene Branchen, deren Bedeutung durch den internationalen Strukturwandel und weltweite Sättigungstendenzen drastisch zurückging (Kohle, Stahl, Schiffbau etc.), sondern jene Wachstumsbranchen, die entsprechend der internationalen Arbeitsteilung

Der größte deutsche Konzern hat seinen Hauptsitz in Baden-Württemberg: die Daimler-Benz AG. Die neue Konzernzentrale in Stuttgart-Möhringen (Bild) ist eine Stadt in der Stadt. Das Unternehmen hat weltweit annähernd 350 000 Mitarbeiter, die im Jahr 1989 76 Milliarden Mark umsetzten. Seine Struktur hat sich grundlegend gewandelt: aus dem Automobilhersteller wurde ein integrierter Technologiekonzern, der zu Lande, zu Wasser, in der Luft und sogar im Weltraum tätig ist und weltweit kooperiert. Der Hochtechnologiekonzern steht heute auf vier Säulen: Mercedes-Benz, AEG, Deutsche Aerospace und debis (Daimler-Benz InterServices). Viele große und kleine Betriebe in Baden-Württemberg liefern dem Giganten zu - immer noch hängt ungefähr jeder siebte Arbeitsplatz im Land mittelbar oder unmittelbar von Daimler ab.

Foto: Daimler-Benz.

Die Bundesländer im Vergleich

Merkmal	Fläche Anteil am Bundesgebiet in % 1989	Einwohner Anteil am Bundesgebiet in % 1989	Erwerbstätige Anteil am Bundesgebiet in % April 1989	Arbeitslosenquote in % der abhängigen Erwerbspersonen 1989	Bruttoinlandsprodukt Anteil am Bundesgebiet in % 1989 (Vorläufige Werte)	Exportquote (Anteil Auslandsumsatz am Umsatz insgesamt im Verarbeitenden Gewerbe in %) 1989
Land						
Bundesgebiet	100,0	100,0	100,0	7,9	100,0	30,8
Baden-Württemberg	14,4	15,4	16,0	4,5	16,1	32,8
Bayern	28,4	17,9	19,5	5,7	18,1	34,3
Saarland	1,0	1,7	1,6	11,0	1,5	33,7
Rheinland-Pfalz	8,0	5,9	5,9	6,9	5,2	38,7
Hessen	8,5	9,0	9,2	6,1	10,3	29,5
Nordrhein-Westfalen	13,7	27,3	25,1	10,0	26,0	30,2
Niedersachsen	19,1	11,6	11,2	10,0	9,8	33,7
Schleswig-Holstein	6,3	4,1	4,2	9,6	3,4	24,0
Hamburg	0,3	2,6	2,7	11,7	4,5	13,2
Bremen	0,2	1,1	1,0	14,6	1,4	36,6
Berlin (West)	0,2	3,4	3,6	9,8	3,8	11,8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Unternehmen und Beschäftigte in Baden-Württemberg 1987 nach Beschäftigtengrößenklassen und Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftszweig	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten (Anteile in %)									
	am 25. Mai 1987		1-4		5-49		50-199		200-999		1000 und mehr	
	insgesamt		Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte	Unternehmen	Beschäftigte
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ¹⁾	5 064	27 312	66,1	25,9	33,3	63,7	0,6	9,6	0,0	0,8	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	567	36 111	51,7	1,7	34,0	7,5	9,0	13,8	4,1	25,0	1,2	52,0
Verarbeitendes Gewerbe ...	65 361	1 864 765	51,0	3,8	42,8	18,9	4,4	14,7	1,6	22,0	0,3	40,5
Baugewerbe	31 019	310 877	47,9	11,3	49,8	55,3	2,0	17,5	0,3	9,7	0,0	6,2
Handel	86 109	545 492	74,9	23,7	23,9	38,8	1,0	13,3	0,2	12,2	0,0	12,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	11 075	79 198	72,0	19,9	26,4	43,3	1,4	16,6	0,2	14,6	0,0	5,6
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13 831	132 198	89,3	15,4	8,4	11,7	1,6	16,3	0,6	26,9	0,1	29,7
Dienstleistungen, soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht ...	126 385	664 619	73,1	28,4	26,1	44,4	0,6	10,1	0,1	9,4	0,0	7,7
Zusammen	339 411	3 660 572	67,5	12,8	30,3	30,1	1,6	13,9	0,5	17,1	0,1	26,0

¹⁾ Nur Unternehmen, die bei der Besteuerung (Gewerbe-, Umsatz- und Einkommensteuer) als Gewerbebetriebe gelten.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

und Weltnachfrage überproportional wuchsen. Dazu zählen die Elektro- und Elektronikindustrie, der Kraftfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrt-, Informations- und Nachrichtentechnik und Spezialmaschinenbau. - Daß dieser forcierte Industrialisierungsprozeß auch seinen Preis hat, zeigt der Anstieg der Umweltschäden auch in Baden-Württemberg.

Das Handwerk - nach der Industrie zweitgrößter Wirtschaftszweig

Besonders beachtlich ist das Handwerk mit fast 100 000 Betrieben und einem Gesamtumsatz von knapp 80 Milliarden Mark im Jahr 1989. 670 000 Beschäftigte zählt das Handwerk mit seinen rund 125 verschiedenen Berufen. In mehr als der Hälfte aller handwerklichen Betriebe arbeiten höchstens vier Mitarbeiter, weniger als 2 Prozent der Betriebe beschäftigen 50 Mitarbeiter und mehr.



Am 2. Juli 1900 startete Ferdinand Graf von Zeppelin seine erste »Himmelszigarre« am Bodensee: das Zeppelinluftschiff LZ 1. Die Ära der Luftschiffe dauerte immerhin 37 Jahre lang. Das Bild zeigt das Luftschiff LZ 6 im Jahre 1910 über dem Wasengelände in Stuttgart-Bad Cannstatt. Foto: Landesbildstelle Württemberg, Stuttgart.

Die industriellen Ballungsräume

In den industriellen Ballungsräumen Baden-Württembergs - Mittlerer Neckar, Rhein-Neckar/Mannheim, Mittlerer Oberrhein/Karlsruhe konzentrieren sich mehr als ein Drittel der Einwohner und fast die Hälfte der Produktion. Kernregion ist der Mittlere Neckarraum.

Exportstärke und Exportabhängigkeit

Baden-Württemberg gehört zu den exportintensivsten Ländern der Bundesrepublik. Sektorial liegt der Export-Schwerpunkt im Investitionsgüterbereich: 1989 entfielen allein auf die drei Gütergruppen Maschinen, Kraftfahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse zwei Drittel des Gesamtexports. Mit einigem Abstand folgen chemische Erzeugnisse, Textilien sowie Eisenwaren. Insgesamt wurden im Jahre 1989 Waren im Gesamtwert von rund 112 Milliarden Mark exportiert.

Exportiert wird weltweit, vor allem aber in die EG-Länder (46,8 Prozent 1989) - größter Abnehmer ist Frankreich. Die EFTA-Länder haben einen Exportanteil von 19,7 Prozent. Insgesamt gesehen ist Baden-Württemberg stärker als der Durchschnitt der anderen Bundesländer auf Märkte außerhalb der EG konzentriert.

Einfuhren aus aller Welt

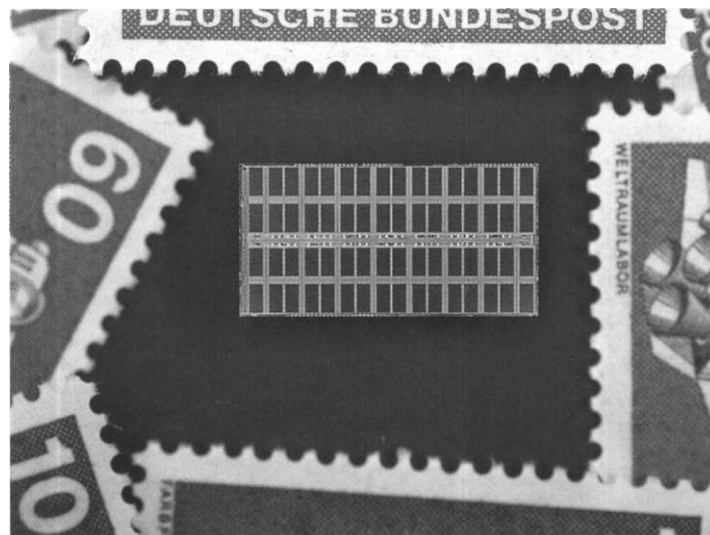
Außenhandel ist keine Einbahnstraße: Den Ausfuhren Baden-Württembergs stehen erhebliche Einfuhren aus aller Welt gegenüber. Aufgrund des hohen Einkommensniveaus ist das Land ein bedeutender Absatzmarkt für Importwaren. Im Jahre 1988 wurden Waren im Wert von 61,6 Milliarden Mark eingeführt. Wichtigste Einfuhrgüter sind chemische Erzeugnisse, Maschinen-

Wirtschaftsdaten von Baden-Württemberg

Fläche und Bevölkerung	Einheit	1970	1980	1989
Fläche	km ²	35 750	35 752	35 751
Einwohner (am Jahresende)	1000	8 954	9 259	9 619
Ausländer	1000	724 ¹⁾	913 ¹⁾	981 ²⁾
Erwerbstätige³⁾	1000	4 176	4 251	4 447
Erwerbsquote ⁴⁾	%	47,1	47,0	48,3
Selbständige (ohne Landwirtschaft)	1000	286	280	352
Ausländer	1000	476	492	459
Anteil der Erwerbstätigen				
Land- und Forstwirtschaft	%	7,9	4,9	3,2
Produzierendes Gewerbe	%	54,7	51,8	47,2
Handel und Verkehr	%	14,3	14,3	14,9
Übrige Dienstleistungen	%	23,1	28,9	34,6
Wirtschaftskraft⁵⁾				
Bruttoinlandsprodukt				
- in Preisen von 1980	Mill DM	175 116	231 254	282 887
- je Einwohner	DM	19 687	25 047	29 761
- in jeweiligen Preisen	Mill DM	105 331	231 254	358 876
- je Einwohner	DM	11 842	25 047	37 755
Anteil an der Bruttowertschöpfung (jeweilige Preise)				
Land- und Forstwirtschaft	%	3,1	1,8	1,5
Produzierendes Gewerbe	%	57,9	51,8	47,2
Energie- und Wasserversorgung,				
Bergbau	%	2,1	2,3	2,7
Verarbeitendes Gewerbe	%	47,5	41,9	38,7
Baugewerbe	%	8,3	7,6	5,8
Handel und Verkehr	%	13,5	13,0	12,9
Übrige Dienstleistungen	%	25,6	33,4	38,4
darunter Staat	%	8,1	10,8	11,2

1) Jeweils zum 30. 9. 2) Zum 31. 12. 3) Ergebnisse des Mikrozensus. 4) Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung 5) 1989 vorläufige Ergebnisse

Quellen: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.



Gelegentlich wird die Region um Stuttgart mit dem kalifornischen Silicon-Valley verglichen. In Böblingen wird beispielsweise seit Sommer 1989 der 4-Mega-bit-Speicherchip der IBM Deutschland GmbH produziert - eine Spitzenleistung auf dem High-Tech-Sektor.

Foto: Bildarchiv IBM Deutschland.

Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs 1979-1988

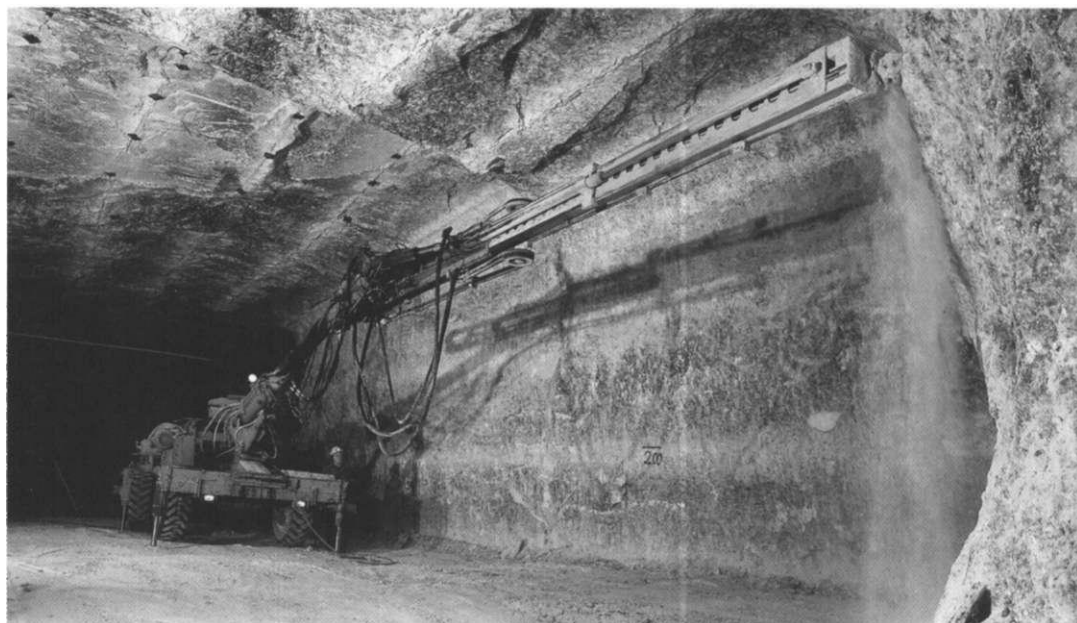
Verbrauchsart Verbrauchergruppe Energieträger	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Mill. t SKE (Steinkohleeinheit)									
Primärenergieverbrauch	46,83	44,98	43,79	42,64	42,53	43,90	45,94	47,26	47,31	47,37
Mineralöle	29,67	26,82	24,90	22,87	21,81	21,99	22,88	24,53	23,33	23,01
Steinkohlen	3,88	4,08	4,47	4,83	5,26	5,67	5,45	6,25	6,32	6,77
Braunkohlen	0,29	0,32	0,32	0,33	0,32	0,28	0,27	0,28	0,26	0,22
Erdgas und Erdölgas	4,19	4,14	3,90	3,92	4,15	4,68	4,88	4,90	5,62	5,73
Kernenergie	2,82	3,40	3,41	4,75	4,78	5,14	8,38	7,58	8,13	8,10
Nettostrombezüge	4,14	4,24	4,77	3,86	4,21	4,15	2,24	1,73	1,62	1,51
Wasserkraft	1,43	1,46	1,53	1,59	1,46	1,43	1,26	1,39	1,44	1,44
Sonstige Energieträger ¹⁾	0,41	0,51	0,49	0,51	0,54	0,57	0,59	0,60	0,59	0,59
Verbrauch und Verluste im Energiesektor, Statistische Differenzen	11,44	11,48	11,90	11,59	11,51	11,86	12,73	12,45	12,81	13,08
Nichtenergetischer Verbrauch	1,31	1,19	1,17	1,15	1,06	1,03	1,02	1,05	0,99	0,96
Endenergieverbrauch	34,08	32,31	30,72	29,89	29,96	31,02	32,19	33,76	33,52	33,34
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8,40	8,29	7,98	7,74	7,68	7,69	7,73	7,83	7,91	7,83
Verkehr	8,01	8,02	7,56	7,56	7,65	7,85	7,97	8,43	8,73	9,05
Haushalte und sonstige Verbraucher	17,67	16,00	15,18	14,60	14,63	15,48	16,48	17,50	16,88	16,45

I Sonstige Energieträger = Holz, Müll, Stadtgas, Klärgas.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

bauerzeugnisse, Textilien, elektrotechnische Erzeugnisse, Nahrungsmittel und Kraftfahrzeuge. Mehr als die Hälfte der Einfuhren kommt aus den Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Das Salzbergwerk in Haigerloch-Stetten. In Baden-Württemberg gibt es 299 Bergbaubetriebe. Sie förderten 1989 mehr als acht Millionen Tonnen Bodenschätze wie Kies, Schiefer, Erze und Salz und mehr als 111 Millionen Kubikmeter Erdgas. Insgesamt werden im Land noch 12 verschiedene Bodenschätze abgebaut. Größter Bergbauzweig ist die Steinsalz- und Sole-Industrie.



Eine der wirtschafts- stärksten Regionen in der EG

Baden-Württemberg ist auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine der wirtschaftsstärksten Regionen. Mit einem Anteil von 3,5 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft (1987) - als einem zentralen Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft - hat es ein höheres Gewicht als Nationen wie Belgien (3,1 Prozent) und Dänemark (1,9 Prozent).

Im europäischen Verbund ist die Exportstärke Baden-Württembergs herausragend: Mit einem Anteil von 5,6 Prozent (1987) am gesamten EG-Export hat Baden-Württemberg ein höheres Gewicht als Länder wie Dänemark (2,7 Prozent) und Spanien (3,8 Prozent). 1987 war jeder fünfte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängig, im Verarbeitenden Gewerbe sogar jeder dritte.



Wirtschaft und Wissenschaft

»Unsere Wirtschaft kann nur so gut sein, wie die wissenschaftliche Grundlage, auf der sie arbeitet und produziert. Und wer auf den Weltmärkten bestehen will, muß die Forschungstrends frühzeitig erkennen und beeinflussen, die speziellen Stärken nutzen und das Innovationstempo entscheidend steigern.« - Worte des früheren Ministerpräsidenten Lothar Späth, die die traditionell enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Baden-Württemberg treffend beschreiben. Der konsequente Aufbau seiner Forschungsinfrastruktur hat das Land im Südwesten die rasche Anpassung an die technische Entwicklung ermöglicht.

Neben Ausbau und Förderung der Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bilden die Technologiezentren den Kern der Forschungs- und Technologiepolitik. Baden-Württemberg ist heute eine der forschungsintensivsten Regionen Europas. Die Forschungsinfrastruktur deckt alle wichtigen Schlüsseltechnologien ab.

Zu den Einrichtungen der wirtschaftsnahen Forschung

in Baden-Württemberg zählen:

- 3 Großforschungseinrichtungen
- 13 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft
- 10 Institute der Industriel- len Gemeinschaftsfor- schung
- 8 Vertragsforschungs- einrichtungen an Univer- sitäten
- 80 Transfer-Zentren der Steinbeis-Stiftung.

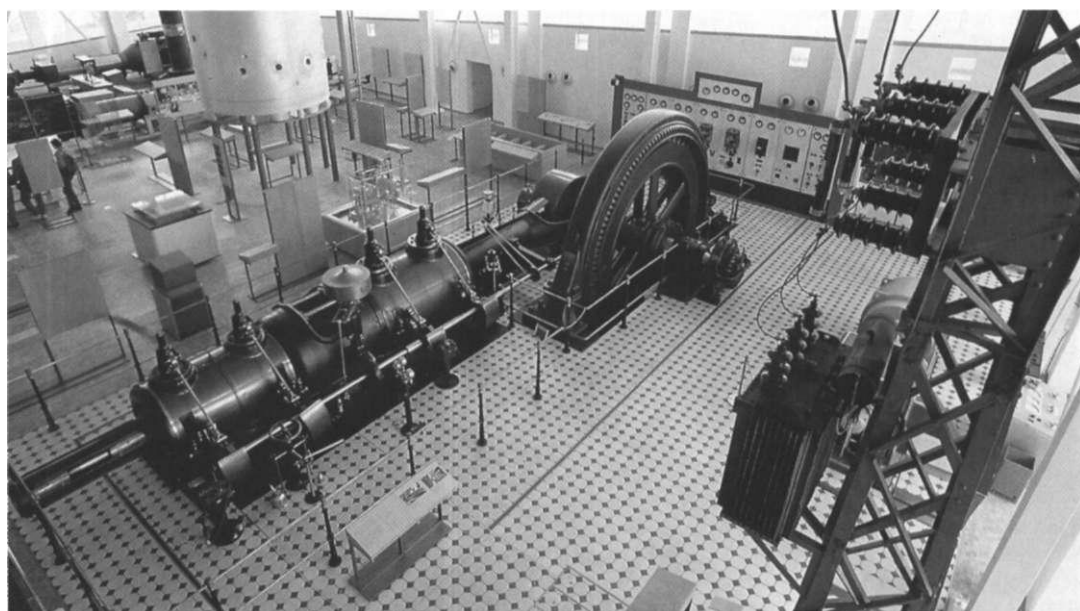
Die wirtschaftliche Forschung soll »Brücke« sein zwischen der Grundlagenforschung, wie sie beispielsweise an Universitäten und Instituten der Max-Planck-Gesellschaft betrieben wird, und der technischen Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren in den gewerblichen Unternehmen.

Auch mit den Folgen des fleißigen Forschens will man sich künftig noch stärker auseinandersetzen: Geplant ist eine Akademie für Technikfolgenabschätzung.

In dem klassischen Mittelstandsland Baden-Württemberg wird darauf geachtet, daß auch kleine und mittlere Unternehmen sich das wissenschaftliche Know-how bei ihren Innovationsaktivitäten über Forschungs- und Ent-

wicklungsaufträge erschließen können. Zur Beschleunigung dieses Technologietransfers wurde seit 1977 ein flächendeckendes System der Technologieberatung und Technologievermittlung aufgebaut. Zur Förderung von Unternehmenskooperationen, der Bereitstellung qualifizierter Informationen auf dem Gebiet der Wachstumstechnologien sowie der zeitlich begrenzten Unterstützung von Entwicklungsaufgaben wurde 1982 zusätzlich die Stelle eines Regierungsbeauftragten für den Technologietransfer geschaffen.

Zur Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen wurden zehn Technologiezentren eingerichtet. Die »Treibhäuser für High-Tech-Firmen« sind über das ganze Land verteilt: in Aalen, Freiburg, St. Georgen, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Offenburg, Stuttgart und Ulm. Sie sollen mit zentralen Serviceeinrichtungen und betriebswirtschaftlicher Beratung den Gründern von technologieorientierten Unternehmen, die nicht immer über eine kaufmännische und Management-Erfahrung verfügen, den Start erleichtern.



Im September 1990 wurde der erste Abschnitt des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim eröffnet. In den Ausstellungen können die Besucher die Entwicklung des heutigen Baden-Württembergs von einer Agrarregion zu einem prosperierenden Industrieland nachvollziehen. Das Bild zeigt eine Niederdruckdampfmaschine mit Generator und im Hintergrund den Forschungsreaktor FR II.

Foto: Landesmuseum für Technik und Arbeit, /Mannheim.

Die Landwirtschaft

In keinem anderen Wirtschaftsbereich sind seit Kriegsende die Strukturveränderungen so tiefgreifend gewesen wie in der Landwirtschaft. Auch in Baden-Württemberg hat die Landwirtschaft ständig an Gewicht verloren.

Im Südwesten hat sich die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als einem Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche von 265 500 im Jahr 1960 auf 117 000 im Jahr 1989 reduziert. Im vergangenen Jahrzehnt wurden täglich neun Betriebe im Land aufgegeben.

Charakteristisch für die Landwirtschaft im Südwesten ist immer noch die große Bedeutung von Kleinbetrieben in Form bäuerlicher Familienbetriebe und der traditionell hohe Anteil an Nebenerwerbslandwirten, Landwirten also, die tagsüber einem anderen Beruf nachgehen und nach Feierabend ihren Hof umtreiben.

Durch die Preis- und Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist die Situation der Landwirtschaft auch hierzulande äußerst schwierig geworden.

Bodennutzung in Baden-Württemberg

Grundlage der landwirtschaftlichen Produktion ist der Boden. Betrachtet man die Veränderung der Flächennutzung in Baden-Württemberg im Zeitablauf, so wird deutlich, daß immer mehr Boden für Wohn-, Wirtschafts- und Verkehrszwecke beansprucht wird. Diese Entwicklung vollzieht sich überwiegend zu Lasten der Landwirtschaft.



Spargelstechen in Graben-Neudorf bei Karlsruhe.

Foto: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe.



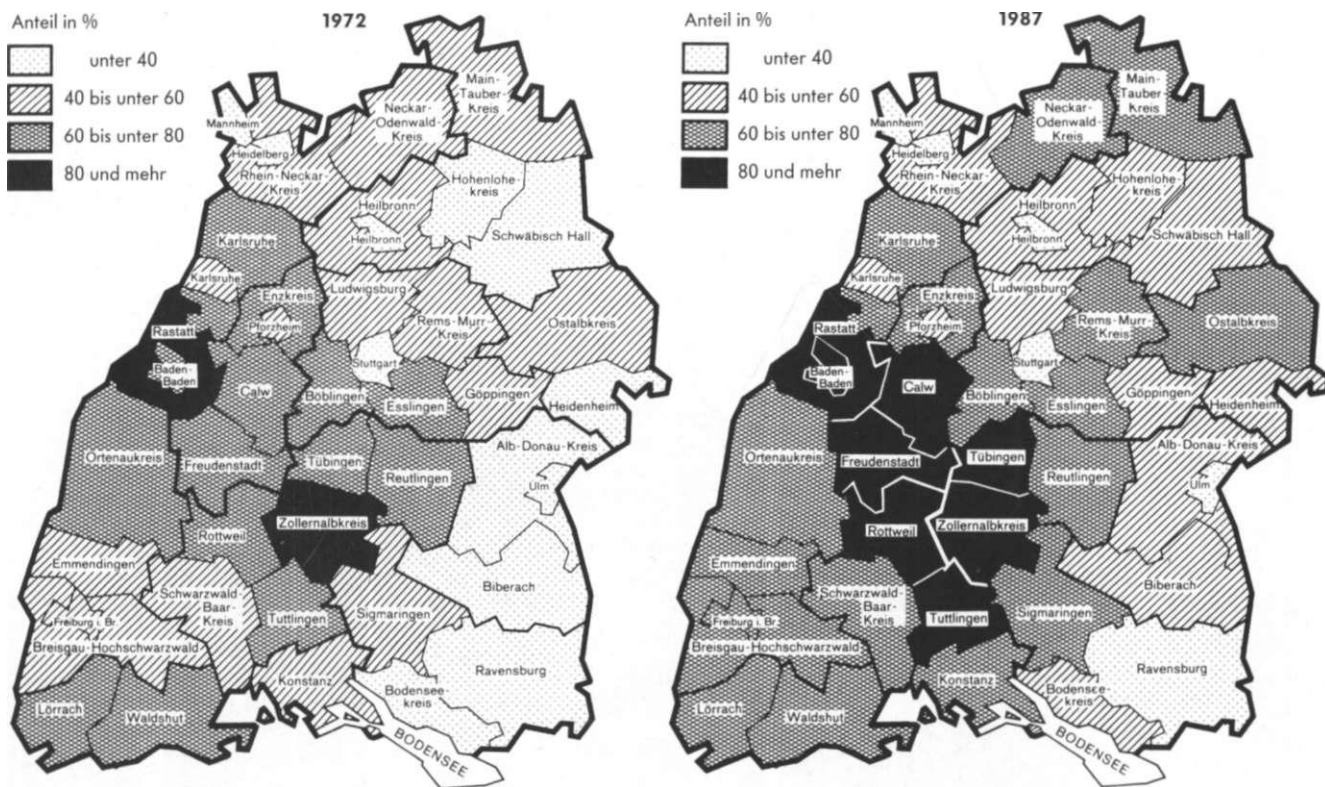
Größter Tabakerzeuger

Die klimatische und geologische Vielfalt des Landes drückt sich in der vielfältigen Struktur der Landwirtschaft aus: Neben Getreide-, Hackfrucht-, Ölfrucht- und Futteranbau, Forst- und Grünlandwirtschaft gibt es in Baden-Württemberg einen sehr hohen Anteil an Sonderkulturen: Obst, Zierpflanzen, Wein, Gemüse, Hopfen und Tabak. Die Abhängigkeit von Klima, Boden, Höhenlage und Absatzmöglichkeiten hat Anbauswerpunkte geschaffen: Am Bodensee zum Beispiel ist der Obstbau eine Haupteinnahmequelle. Weit über die Landesgrenzen hinaus berühmt ist der Schwetzingener Spargel.

Was selbst viele Baden-Württemberger nicht wissen:



Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl aller landwirtschaftlicher Betriebe in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 1972 und 1987



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Ihr Land ist der größte Tabakerzeuger in der Bundesrepublik.

Land nicht von einem einzigen Hoferben geschlossen übernommen, sondern unter den Geschwistern aufgeteilt wurde, aber auch im Einzugs-

Zeugnisse der bäuerlichen Kultur in Baden-Württemberg sind in den regionalen Freilichtmuseen zu sehen. Das Bild zeigt den stattlichen Haldenhof, ein Schwarzwaldhaus aus Schonach. Der Hof steht heute im Freilichtmuseum Neuhausen ob Eck im Kreis Tuttlingen. Foto: Freilichtmuseum Neuhausen ob Eck.

Traditionell hoher Anteil an Nebenerwerbs- landwirtschaft

75 000 der insgesamt 117 000 landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg (1989) mit einer Fläche von jeweils mehr als einem Hektar sind Nebenerwerbsbetriebe, 42 000 Haupterwerbsbetriebe. Von 1977 bis 1989 hat sich der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe an der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe von 60,9 Prozent auf 63,8 Prozent erhöht. Die Nebenerwerbslandwirtschaft hat in Baden-Württemberg Tradition.

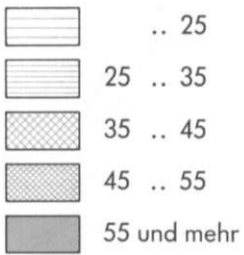
Dies ist zum Teil eine Folge der relativ hohen Besiedlungsdichte, vor allem in Realteilungsgebieten, in denen das



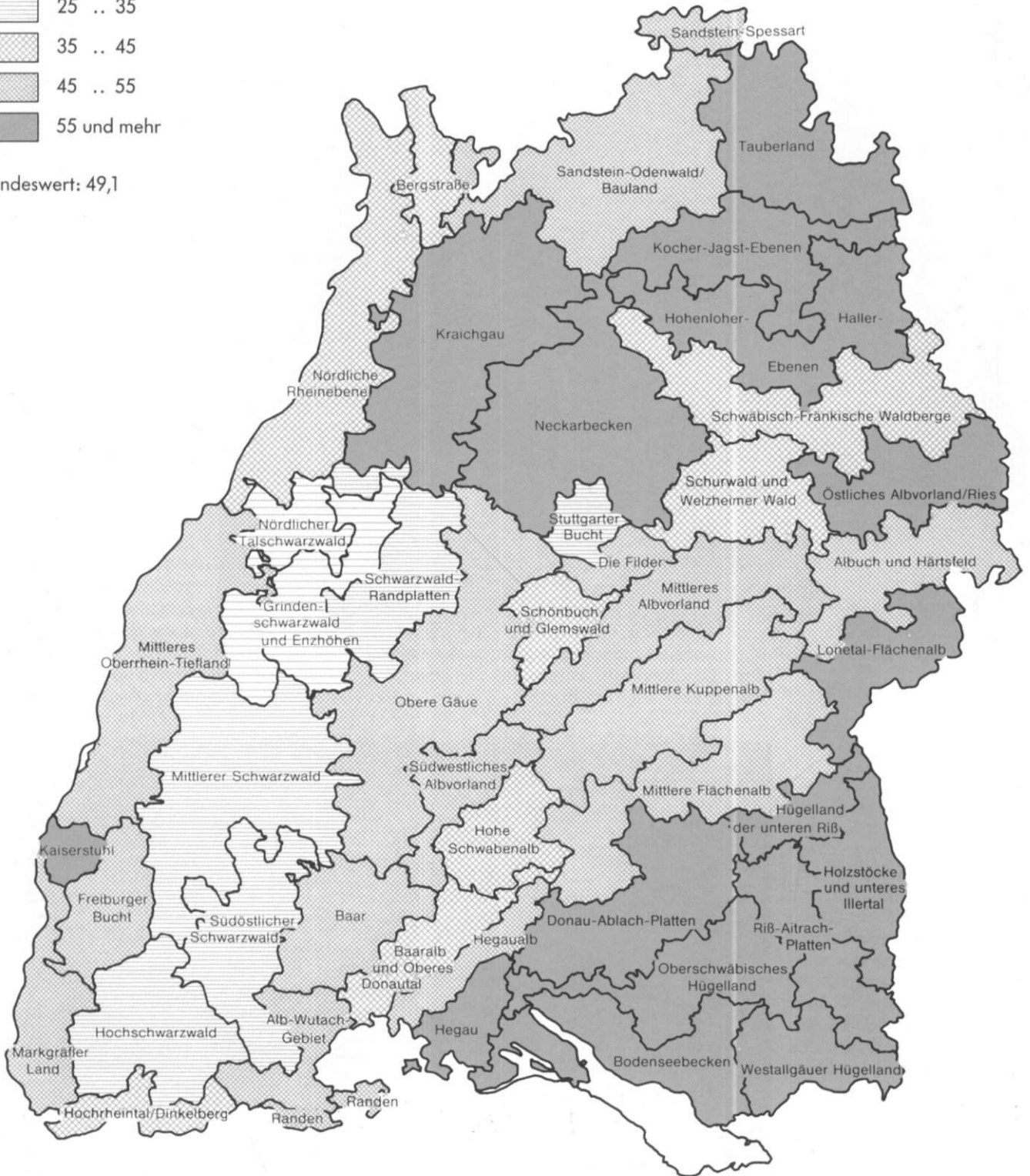
Landwirtschaftliche Fläche in den Naturräumen Baden-Württembergs 1989

Anteil an der Bodenfläche insgesamt in Prozent

von .. bis unter



Landeswert: 49,1





Weingärtnerhaus in Strümpfelbach im Rems-Murr-Kreis.

Foto: Landesbildstelle Württemberg, Stuttgart.

bereich der Städte und gewerblich-industriellen Ansiedlungen. Hier lockten schon immer besser bezahlte Arbeitsplätze in Gewerbe und Industrie. Landwirtschaftliche Betriebsfläche ging zudem für Bauplätze, Gewerbe- und Verkehrsflächen verloren.

Besonders hoch ist der Anteil der Nebenerwerbslandwirte an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in den Kreisen Calw und Rottweil und im Zollernalbkreis: Dort nutzen die Nebenerwerbslandwirte mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche.

Spitzenstellung beim alternativen Landbau

Das Land nimmt beim alternativen Landbau eine Spitzenstellung ein: In der Bundesrepublik und in der Europäischen Gemeinschaft weist Baden-Württemberg nach Zahl und Fläche den höchsten Anteil alternativ wirtschaftender Betriebe auf.

Rückgang der Erwerbstätigen

Der tiefgreifende Strukturwandel in der Wirtschaft des Landes hat sich auch stark auf die Verteilung der Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ausgewirkt. Am ausgeprägtesten war dabei der Rückgang der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft. 1950 arbeitete noch jeder Vierte in diesem Bereich, heute ist es nur noch jeder Zwanzigste.

Das Weinland Baden-Württemberg

»Der Wein erfreut des Menschen Herz« wußte schon der Psalmist - den Badenern und Württembergern ist dies wohl bekannt: Baden-Württemberg ist mit einem Anteil von rund 25 Prozent an der bundesdeutschen Rebfläche nach Rhein-

Flächenstilllegung und Extensivierung

Für das Wirtschaftsjahr 1988/89 gab es bundesweit erstmals ein Flächenstilllegungsprogramm. Die prämierte Flächenstilllegung dient als Fördermaßnahme in erster Linie dem Abbau von Überschüssen.

6000 baden-württembergische Bauern haben 1988 und 1989 die Stilllegung von knapp 27 180 Hektar Ackerfläche beantragt. Davon wurden 11 516 Hektar als Rotationsbrache (der Landwirt fügt in seine Fruchtfolge ein

Bracheglied ein), 14 957 als Dauerbrache stillgelegt, 119 Hektar aufgeforstet und 486 Hektar in extensives Grünland umgewandelt. Für Naturschutzzwecke und sonstige landwirtschaftliche Nutzung wurden knapp 100 Hektar verwendet.

Die Extensivierung ist auf Produkte mit besonders hohen Marktüberschüssen beschränkt. Voraussetzung für eine Förderung ist die Reduzierung des Ertrages um mindestens 20 Prozent.

land-Pfalz das zweitgrößte Weinbaubetriebende Bundesland. Die Gesamtrebfläche umfaßte 1987 27 890 Hektar, davon standen knapp 24 000 Hektar im Ertrag.

Im Anbaugebiet Baden werden folgende Weinbaubereiche unterschieden:

- Bodensee
- Markgräflerland
- Kaiserstuhl-Tuniberg
- Breisgau
- Ortenau
- Badische Bergstraße/Kraichgau
- Badisches Frankenland.

Das Anbaugebiet Württemberg umfaßt die Bereiche

- Kocher-Jagst-Tauber
- Württembergisch-Unterland
- Remstal-Stuttgart
- Oberer Neckar
- Württembergischer Bodensee.

Zwischen den Anbaugebieten bestehen beträchtliche Unterschiede im Rebsortiment. So stockten 1988 im Weinbaugebiet Baden auf 75,3 Prozent der bepflanzt Rebfläche weiße und nurauf 24,7 Prozent ro-

te Rebsorten, während in Württemberg die Rotgewächse (51,9 Prozent) noch knapp gegenüber den weißen Rebsorten überwogen. Der Gutedel wird nur im badischen Markgräflerland angebaut. Trollinger, Schwarzriesling und Lemberger findet man dagegen nur im Weinbaugebiet Württemberg.

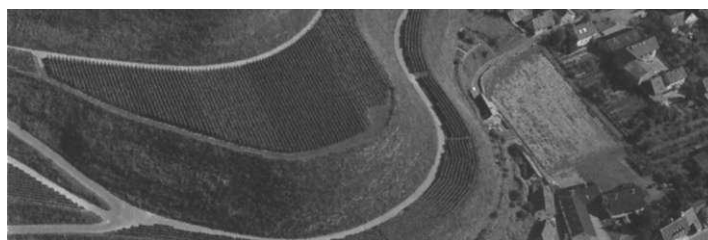
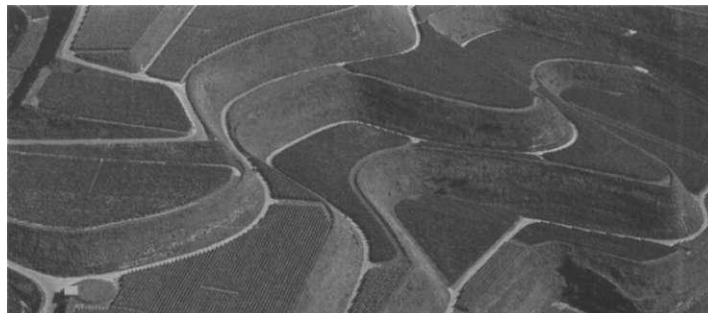
Unter den Weißgewächsen dominiert in Baden die Rebsorte Müller-Thurgau. In Württemberg nimmt unter den Weißgewächsen der Riesling den ersten Rang ein. Bei den Rotweinrebsorten behauptet in Baden der Blaue Spätburgunder unangefochten die Spitze der Sortenskala. In Württemberg lag 1988 bei den Rotweinen der Blaue Trollinger mit einem Anteil von 22,1 Prozent an der Spitze.

Gemeinsam haben die Weine aus Baden und Württemberg ihre hohe Qualität: Die Weinerzeugung beschränkt sich fast ausschließlich auf Qualitätsweine und Qualitätsweine mit Prädikat.

Wasserpfennig bringt Millionen in die Kasse

Seit 1988 kassiert das Land Baden-Württemberg von Wasserwerken und Industriebetrieben für die Entnahme von Grundwasser den »Wasserpfennig«. Mit diesem Geld werden zum Beispiel Landwirte entschädigt, die Düngebeschränkungen - und damit Umsatzeinbußen - hinnehmen müssen, weil ihre Felder in Wasserschutzgebieten liegen. Der größere Teil des Geldes fließt aber in ein Ökologieprogramm.

Die Einnahmen aus dem »Wasserpfennig« sind inzwischen zu einem beträchtlichen Etatposten im baden-württembergischen Landeshaushalt geworden: 1989 brachte der »Wasserpfennig« fast 175 Millionen Mark in die Landeskasse.



Weinberge am Kaiserstuhl. Die großflächige Terrassierung wird heute nicht mehr durchweg positiv gesehen.

Foto: Landesbildstelle Baden, Karlsruhe.